

# UNION

## in Deutschland

### INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

Von der Parlamentswoche in Berlin

## Keine Sonder-Konstruktionen

CDU/CSU-Fraktion und Bundesregierung lehnen ein „Wiedervereinigungskabinet“ ab

In der vergangenen Woche trafen sich die Fraktionen des Deutschen Bundestages in der alten Reichshauptstadt, in Berlin. Im Vordergrund dieser parlamentarischen Arbeitswoche stand die Deutschlandfrage.

Von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde in diesem Zusammenhang ein Vorschlag gemacht, der in seiner Bedeutung wohl jetzt noch nicht ganz zu erassen ist: Über den Rahmen der Koalitionsparteien hinaus sollen in gemeinsamen Gesprächen der demokratischen Parteien Mittel und Wege gefunden werden, die gesamtdeutsche Lage nach allen Richtungen zu untersuchen.

Die Idee, in solchen Gesprächen die Möglichkeit zu schaffen, daß „aus Befragten Frager“ werden, stammt von dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Dr. Rainer Barzel. Er hat inzwischen erläutert, was er mit seiner parlamentarischen Initiative meint. Dr. Barzel erinnerte daran, daß man schon sehr häufig Gespräche aller Verantwortlichen gehabt habe, wenn es galt, Reaktionen auf kommunistische Maßnahmen abzustimmen und ihnen eine breite Basis im Bundestag zu geben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehe daher auch heute auf dem Standpunkt, daß man für gemeinsame Aktionen von vornherein durch gemeinsame Gespräche die verschiedenen Aspekte berücksichtigen sollte. Diese Gemeinsamkeit setze voraus, und Dr. Barzel ließ daran keinen Zweifel, daß mit Einzelaktionen Schluß gemacht wird. Zwar steht er, wie auch die Fraktion, nach wie vor zu der Erkenntnis, daß es nach dem Willen der Wähler bei der Koalition von CDU/CSU-FDP bleiben soll.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe aber immer betont, daß sie zugleich an eine Kooperation aller in den großen Fragen der deutschen Sache denke. Was jetzt im Vordergrund steht, ist in wenigen Punkten genau bezeichnet:

- Die deutsche Frage,
- die Finanzverfassungsreform,
- die Notstandsgesetzgebung.

Dies alles ist nur, so unterstrich Dr. Barzel, in einer Kooperation aller zu

lösen. — Allerdings — wenn es möglich ist.

Sowohl die FDP als auch die SPD haben in diesem Zusammenhang den Begriff eines „Wiedervereinigungskabinetts“ ins Gespräch gebracht. Dr. Barzel ließ keinen Zweifel daran, daß er für seine Fraktion von dieser Konstruktion nichts hält. Er unterscheidet allerdings bei dieser Aktion zwei Vorschläge, und zwar den einen, eine Art Kabinettsausschuß, speziell für die Fragen der Wiedervereinigungspolitik zu gründen, und den anderen, ein Wiedervereinigungskabinet neben der amtierenden Bundesregierung zu haben.

Von beiden Ideen hält die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht sehr viel. Denn einmal kann man nicht innerhalb der Bundesregierung säuberlich sortieren, welche Minister mit zuständig sein sol-

len bei diesen Fragen, die an die Wurzel der Bundesrepublik rühren. Da muß schon die ganze Bundesregierung tätig werden. Der zweite Begriff scheint Dr. Barzel ebenfalls zu eng gezogen zu sein.

Ohne eine Zusammenarbeit aller können diese Fragen, wie gesagt, nicht gelöst werden. Daß damit eine faire Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien gemeint ist, versteht sich nicht nur am Rande. Übrigens würden Sonderkonstruktionen gar nicht in das parlamentarische System der Bundesrepublik hineinpassen.

Eine weitere bedeutsame Frage der parlamentarischen Arbeitswoche in Berlin war auch die Reaktion auf die Verhandlungen in Luxemburg. Bekanntlich trafen sich dort nach einer gewissen Interimszeit zum ersten Male wieder die fünf Mitglieder der EWG mit Frankreich. Das, was in Luxemburg von den Franzosen vorgebracht worden ist, kann nicht befrie-

Fortsetzung Seite 2

## Die Grenze ist erreicht

Ein „Nein“ zu den Erpressungsversuchen Pankows

Der Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Heinrich Lummer, hat in einer Schrift die Auswirkungen und Konsequenzen der Berliner Passierscheinverhandlungen einer kritischen Prüfung unterzogen.

In seiner Schrift „Die Passierscheinverhandlungen — Kleine Schritte auf schiefer Ebene“ kommt Lummer zu dem Schluß: Wenn die Politik der kleinen Schritte betrachtet werde, dann habe die Annäherung soweit stattgefunden, daß der Zone alle ursprünglichen Forderungen erfüllt worden seien, so daß sie jetzt noch weitergehende Forderungen anmelden könne. Eine Spur des Wandels durch Annäherung könne aber nicht festgestellt werden. Gewandelt hat sich nur der Westen, der Senat von Berlin.

Die Schwierigkeiten liegen, wie Lummer ausführte, darin, daß Korber mit der Zone als Vertreter des Senats verhan-

delt. Da es ein Zurück kaum geben kann, wird der Punkt unvermeidbar sein, an dem Senat und Bundesregierung auch um einer kleinen zusätzlichen Erpressung willen Nein sagen müssen. Sie können es tun, weil die Bevölkerung das verstehen wird und die Zone ebenfalls Interessen hat. Es wird sich dabei um einen Punkt handeln, an dem klar erkennbar wird, daß mit einem alten Pankow keine neue Politik zu machen ist. Das ist kaum deutlicher geworden als zu einer Zeit, da Herr Apel Selbstmord begangen hat, da im kulturellen Bereich in der Zone erhebliche Rückschritte zu verzeichnen sind und Weihnachten 1965 wiederum ohne Bedauern gemordet wurde.

# Keine Sonder-Konstruktionen

Fortsetzung von Seite 1

digen. Dr. Barzel erklärte dazu, daß es jetzt an der Zeit sei, ein paar prinzipielle Fragen zu stellen. Schließlich müsse man daran erinnern, daß der europäische Fortschritt vom wechselseitigen Vertrauen abhängt.

„Wir wissen“, so sagte Dr. Barzel, „daß nicht nur wir die EWG brauchen, daß nicht nur wir Frankreich brauchen — auch Frankreich braucht uns, auch Frankreich braucht die EWG. Weder unsere Bäume wachsen — wenn wir isoliert sind — in den Himmel noch die französischen.“

Der außenpolitische Sprecher der CDU, Bundestagsabgeordneter Ernst Majonica, ging noch einen Schritt weiter in seiner Kritik an dem französischen Verhalten in Luxemburg. Er sah darin eine alte Taktik der Franzosen, die einfach Termine aufstellten, ohne sich in Sachfragen zu einigen und dann, wenn diese Termine wegen der Nichteinigung in Sachfragen nicht erfüllt werden, ihre Konsequenzen daraus zögen. Ähnlich sei es bereits am 30. Juni 1965 mit der Agrarfinanzordnung innerhalb der EWG gelungen.

Dem vermutlichen Vorhaben Frankreichs, daß es ihm mehr darum gehe, eine Zollunion zu schaffen, als die politische Zielsetzung zu erfüllen, trat der CDU-Abgeordnete Majonica mit allem Nachdruck entgegen. Schließlich hat die Bundesrepublik große finanzielle Opfer gebracht, zuletzt noch bei der Fixierung des deutschen Getreidepreises. Dies habe man nicht getan, um eine reine Zollunion zu erreichen, sondern letzten Endes um des politischen Zieles willen.

**Wenn jetzt, nach diesen Vorleistungen, nur eine Zollunion herauskomme, dann werde die Bereitschaft der Deutschen sehr stark nachlassen, irgendwelche Opfer weiterhin auf sich zu nehmen. Denn dann werde es, so unterstrich Majonica, nur eine wirtschaftliche Frage geben, eine Frage des Nehmens und Gebens, und dann würde die Bundesrepublik ihren nationalen Vorteil stärker als bisher in die Waagschale werfen müssen.**

Bisher habe sie nichts aus der Tatsache gemacht, daß sie der wichtigste, ja der weitaus wichtigste wirtschaftliche Partner innerhalb der EWG sei.

In einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk führte der Bundestagsabgeordnete Majonica dazu u. a. aus:

„Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die französische Europa-Politik des Generals de Gaulle von einem ganz einfachen Grundkonzept ausgeht, nämlich von dem, Europa so locker zu organisieren, daß es Frankreich nicht bindet, Frankreich aber die Rolle eines Sprechers dieses Europas auf größerer Ebene zubilligt und vor allen Dingen auch wirtschaftliche Opfer der anderen zur Subventionierung der sehr weitreichenden französischen außenpolitischen Pläne darstellt. Von diesem Konzept muß der General natürlich jeden Integrationsvorgang in der EWG ablehnen, und er hat jetzt zum großen Angriff angesetzt, um das Gesamt-europäische in der EWG entscheidend zu schwächen.“

Es wird daher in den kommenden parlamentarischen Arbeitswochen darum gehen, sowohl innenpolitisch als auch

außenpolitisch die Zusammenarbeit aller zu forcieren, um da wie dort bestehen zu können.

Inzwischen hat auch die Bundesregierung die Frage behandelt, ob aus der Gründung eines besonderen Kabinettsausschusses für die Fragen der Wiedervereinigung ein besonderer Vorteil für die deutsche Sache erwachsen würde. Diese Frage wurde von dem Sprecher der Bundesregierung am 24. Januar mit einem klaren Nein beantwortet. Anfang Februar wird sich der Bundeskanzler mit den Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Fraktionen zusammensetzen, um

zu erörtern, ob eine Konkretisierung von Problemen der Deutschlandpolitik zur Zeit opportun ist.

Staatssekretär von Hase hat in Bonn vor der Presse darauf hingewiesen, daß schon bisher solche Fragen in dem Ausschuß der Staatssekretäre vorberaten wurden, bevor sie der Entscheidung des ganzen Bundeskabinetts unterworfen worden sind. Es erübrige sich also, an die Konstruktion neuer Organisationsformen zu denken.

**Die Bundesregierung gab deutlich zu erkennen, daß sie jederzeit bereit ist, die Wiedervereinigungspolitik in allen neu entstehenden Aspekten zu erörtern.**

## Agitation gegen Bonn?

Unklare politische Linie des Berliner Senats erneut mißbilligt

**Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Bürgermeister a. D. Amrehn, hat in den vergangenen Tagen schwere Vorwürfe gegen die täppische Verhandlungsführung des Berliner Senats mit den für die Bundeshilfe verantwortlichen Bonner Stellen sowie gegen die mangelhafte Informationspolitik des Senats erhoben.**

Bereits in der vorigen Ausgabe unseres Informationsdienstes hatten wir über das Unbehagen politischer Kreise Westberlins an der undurchsichtigen Etatpolitik Finanzsenators Hoppe (FDP) berichtet. Inzwischen hat sich das negative Bild noch mehr verdichtet. Das bewog den Berliner CDU-Vorsitzenden Amrehn, sich detailliert mit den Fehlern dieser Haushaltspolitik auseinanderzusetzen.

Besonders bemängelte Amrehn die widersprüchlichen Angaben und „laufend falschen“ Informationen über die Finanzforderungen an den Bund. Amrehn sprach in diesem Zusammenhang von einem Vertrauensschwund bei den Stellen, die von der CDU um eine zusätzliche Finanzhilfe angesprochen worden seien. Diese völlig falsche Taktik Hoppes, die tatsächlichen Etatverhältnisse zu verschleiern, könne nur dazu führen, daß verantwortliche Berliner Politiker dort, wo es darauf ankomme, die richtigen Zahlen parat zu haben, die Mehrforderungen nicht mehr überzeugend darlegen könnten.

Im einzelnen kritisierte der CDU-Landesvorsitzende, daß die bei den Bundeshilfeberatungen in Bonn im September 1965 genannte „Minimalforderung“ des Senats, die als Verhandlungsgrundlage gedient habe, danach noch um 174 Millionen DM gesenkt worden sei. Die Inkonsequenz solcher Maßnahmen springe besonders dann ins Auge, wenn man nach geraumer Zeit die Forderungen wieder erhöhe. Wie Amrehn weiter beanstandete, habe das Ressort Hoppes auch die Steuermehreinnahmen von 29 Millionen DM im Jahre 1965 bewußt im dunkeln gehalten und vergessen, diese Steuermehreinnahmen auf die Überschätzung für das laufende Jahr zu übertragen. Wenn der Senat jetzt eine zusätzliche Bundeshilfe von 41 Millionen DM fordere, ohne dabei die zu erwartende Steuermehreinnahme berücksichtigt zu haben, falle es schwer, Bonn die Notwendigkeit weiterer Gelder für Berlin plausibel zu machen.

Überdies tadelte der Berliner Oppositionsführer den Senat wegen seines

zweifelichtigen Verhaltens in der Frage einer „Entschädigungszahlung“ an die Bundespost auf Grund der in den Passierscheinstellen beschäftigten Postbeamten. Da nach Angaben Bonner Politiker in dieser Angelegenheit bereits eine Regelung gefunden zu sein scheine, sollte man sich davor hüten, anscheinend geordnete Angelegenheiten zum Anlaß eines Streits zwischen Bonn und Berlin werden zu lassen.

**Die ersten Berichte über mögliche Forderungen der Bundespost an den Senat waren in der Öffentlichkeit auf starken Widerspruch gestoßen. Wie die Berliner Zeitung „Der Kurier“ am 22. Januar dazu schrieb, hätten die sonst „meist rührrig sachkundig“ berühmten Senatssprecher es „offenbar in diesem Fall ebenso rührrig vermieden, weitere Nachforschungen anzustellen“. Abschließend bemerkte der „Kurier“: „Falls jedoch der Senat — was eigentlich anzunehmen ist — informiert gewesen sei, hätte er den Proteststurm gegen Bonn und die Bundesregierung nicht zulassen dürfen. Insoweit hätte er dann eine ‚üble parteipolitische Agitation‘ gegen Bonn inszeniert“.**

Die eigenwillige, unvollständige und oft im Gegensatz zu der im Berliner Pressegesetz verankerten Auskunftspflicht des Senats stehende Informationspolitik ist auch Gegenstand einer Kleinen Anfrage der CDU im Abgeordnetenhaus, in der um Aufklärung darüber ersucht wird, weshalb die Bekanntgabe des Termins für die neuen Passierscheingespräche so lange hinausgezögert worden sei, da nach den abgeschlossenen Konsultationen zwischen Berlin und Bonn spätestens seit dem 13. Januar kein Hindernisgrund mehr bestanden habe. Erst der Regierende Bürgermeister Brandt hatte in seiner regelmäßigen, wöchentlichen Rundfunkansprache diesen Termin genannt. Die CDU will nun wissen, was der Senat zu unternehmen gedenkt, damit das Senatspresseamt „künftig keine Nachrichten für die Sonntagsreden des Regierenden Bürgermeisters monopolisiert“.

# Vor hartem Wahlkampf

Minister Grundmann: Entscheidung fällt im Ruhrgebiet

Die CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen bereiten sich auf einen harten Landtagswahlkampf vor. Schon jetzt stehen die beiden Vorsitzenden Grundmann und Dufhues in engem Kontakt, um die Vorplanung zu koordinieren. Zum ersten Male wird auch ein gemeinsames Wahlkampfbüro in Düsseldorf eingerichtet, dessen Sprecher der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Dr. Lenz, sein wird.

Nach Meinung des rheinischen Landesvorsitzenden Grundmann wird im Ruhrgebiet die Entscheidung fallen. Die CDU hat deshalb im Industrieviertel junge, aber erfahrene Politiker aufgestellt.

Über das Wahlziel der SPD sagte Grundmann, daß die SPD indirekt das Wahlergebnis vom 19. September korrigieren wolle, um die knappe CDU-Mehrheit im Vermittlungsausschuß des Bundesrates zu brechen. Die CDU in Nordrhein-Westfalen sei sich ihrer Verantwortung bewußt und werde alle Anstrengungen unternehmen, um wiederum als stärkste Partei aus den Wahlen hervorzugehen. Prominente Politiker der Union haben schon jetzt ihre aktive Beteiligung zugesagt, u. a. Bundeskanzler Erhard, Franz Josef Strauß, die Ministerpräsidenten Altmeier, Röder und Kiesinger.

Auf Grund der Erfahrungen des letzten Bundestagswahlkampfes ist die CDU zu dem Ergebnis gekommen, daß, wie Grundmann sagte, der Direktkandidat die Schlüsselfigur in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten ist. Er soll so stark wie möglich mit der Wählerschaft konfrontiert werden. Die Mittel dazu sind Podiumsgespräche, Hausbesuche und Straßendiskussionen. In diesem Zusammenhang erwähnte Grundmann die Entscheidung seines Landesverbandes, nach der alle Bewerber für die Reserveliste zugleich auch direkt kandidieren sollen.

„Wer in den Landtag will, muß auch den Mut haben, sich direkt zu bewerben“, sagte dazu der Landesvorsitzende.

Schon jetzt läßt sich abschätzen, daß sich die CDU-Landtagsfraktion stark verjüngen wird; eine Reihe von Abgeordneten will aus Altersgründen nicht mehr kandidieren. Grundmann setzte sich ebenfalls dafür ein, daß alle bekannten CDU-Landespolitiker, die auf der Reserveliste stehen, in unsicheren Wahlkreisen kandidieren.

Er selbst hat den sicheren Wahlkreis Kempen-Krefeld ausgeschlagen und sich in Krefeld-Nord aufstellen lassen. Zwei der angesehenen CDU-Oberstadtdirektoren, Dr. Hensel aus Düsseldorf und Dr. Max Adenauer, Köln, ein Sohn des ersten CDU-Vorsitzenden, werden sich in ihren Heimatstädten um die Gunst der Wähler bemühen.

Nach vorläufigen Schätzungen ist damit zu rechnen, daß bis Monatsende fast alle Kandidaten nominiert sein werden. Mitte April soll dann auf einer gemeinsamen Sitzung der beiden Landesverbände die endgültige Kandidatenliste verabschiedet und veröffentlicht werden. Spitzenkandidat wird Ministerpräsident Dr. Meyers sein. Das Wahlkampfprogramm wird am 5. März mit der Fraktion, den Kandidaten und der Parteiführung besprochen.

## Ausgerechnet in Berlin

Berliner Studenten haben für die USA wenig Verständnis

Mehr als befremdlich muß die Tatsache erscheinen, daß eine Reihe von Berliner Studentenverbänden, denen sonst die Befriedung des ostasiatischen Kriegsschauplatzes so sehr am Herzen zu liegen scheint, einen vom RCDS an den nordvietnamesischen Staatspräsidenten gerichteten Friedensappell nicht unterstützen wird.

Man kann aus dieser Haltung nur schließen, daß sie Nordvietnam nicht für die richtige Adresse halten, um die Bereitschaft für Friedensverhandlungen zu wecken. Warum? Weil sie offensichtlich Amerika für den am Vietnamkrieg Schuldigen halten und z. Z. noch ein propagandistisches Interesse daran haben, anti-amerikanische Stimmungen zu schüren. Die Aktionen des SDS an der FU Berlin im Dezember 1965, mit denen er Sympathiewerbung für den Vietcong betrieb, sind noch in frischer Erinnerung.

Zu den vom RCDS angesprochenen politischen Studentenorganisationen gehören die Evangelische Studentengemeinde, der Sozialdemokratische Hochschulbund, der Liberale Studentenbund Deutschlands, der Sozialistische Deutsche Studentenbund, der Argumentklub, die Humanistische Studentenunion und die Deutsch-Israelische Studiengruppe.

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten, Landesverband Berlin, wollte mit diesem Appell die weltweiten Bemühungen Präsident Johnsons um Friedensverhandlungen in Vietnam unterstützen. Der amerikanische Präsident hatte sich bereiterklärt, ohne Vorbedingungen mit der nordvietnamesischen Seite in Friedensgespräche einzutreten, um den Krieg so bald wie möglich zu beenden.

Man fragt sich, was eigentlich noch gesehen muß, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, wie sehr diese jungen Menschen schon der kommunistischen Argumentation erlegen zu sein scheinen, eine Tatsache, die den Ruf Berlins auch in Amerika, das die Freiheit der alten Reichshauptstadt verbürgt, auf die Dauer sehr beeinträchtigen dürfte. Immerhin erfüllen die USA in Vietnam ihre Bündnispflichten genau wie in Berlin.

## Am Rande

Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe ... , dieses bekannte Sprichwort fällt einem ein, wenn es um die sogenannte „Propaganda auf Staatskosten“ geht, gegen die die SPD in Bonn ständig Sturm läuft, während zu gleicher Zeit sozialdemokratisch regierte Bundesländer besonders tief in das Staatssäckel greifen, um „den Bürgern einen Bericht über den Zustand des Gemeinwesens zu geben, in dem er lebt und das von seinen politischen Entscheidungen umgestaltet wird“.

Der Hamburger Bürgermeister, Prof. Weichmann, war dieser Tage so freundlich, mit diesen Worten die Mitglieder des Deutschen Bundestages über die Aufklärungsarbeit seines Senats zu unterrichten. In Hamburg sind am 27. März Wahlen, und Weichmann ist nicht nur stolz auf die Leistungen des Hamburger Senats in den vergangenen Jahren, sondern wohl noch mehr auf den 44 Seiten starken „illustrierten Rechenschaftsbericht“, mit dem sie dem Volk von Hamburg „nahegebracht“ werden sollen.

Für die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion ist dies ein recht notwendiger Anschauungsunterricht über praktische Demokratie. Denn 193 Abgeordnete der SPD-Fraktion haben gerade erst einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, mit dem Ziel, die angeblich von der Bundesregierung betriebene „Propaganda auf Staatskosten“ höchststrichlich verbieten zu lassen, denn was die Hamburger, natürlich Sozialdemokraten, dürfen, ja sollen — das darf die Bundesregierung natürlich noch längst nicht.

Die SPD spricht der Bundesregierung nicht nur das Recht ab, „dem Bürger einen Bericht über den Stand des Gemeinwesens zu geben“, um noch einmal SPD-Bürgermeister Weichmann zu zitieren. Im Wahlkampf 1965 versuchte sie sogar, die Bundesregierung, eben weil sie diese Pflicht erfüllt hatte, vor dem Parteien-Schiedsgericht anzuklagen. Sie fiel dabei auf die Nase, wie schon zuvor mit den kleinen Anträgen im Bundestag, die der Bundespresseschef gern zum Anlaß genommen hatte, die Sozialdemokraten in aller Öffentlichkeit ruhig und sachlich über die publizistischen Aufgaben einer Bundesregierung aufzuklären. Aber was tut man nicht alles, wenn man glaubt, auch aus einer Selbstverständlichkeit doch noch Propaganda schlagen zu können.

Freilich: der Bundesregierung stehen keineswegs so hohe finanzielle Mittel, wie beispielsweise dem sozialdemokratisch geführten Hamburger Senat zur Verfügung, um jedem Bürger einen umfangreichen „illustrierten Rechenschaftsbericht“ zukommen zu lassen. In Bonn ist man sparsamer. Es wäre auch gar nicht auszudenken, was andernfalls die sozialdemokratische Opposition für einen „Sturm der Entrüstung“ entfielen würde ...

# Nüchterne „Bildungspolitik“

Der Kultusminister des Saarlandes antwortet der SPD

„Bei den gesetzlich festgelegten Zwangsläufigkeiten unseres Eine-Milliarden-Etats für 1966, die ich auf über 80 % schätze, hätte auch meine Partei keinen großen Bewegungsraum. Die SPD würde allerdings — trüge sie die Regierungsverantwortung — einige Akzente anders setzen, und zwar hinsichtlich einer Verstärkung der wirtschaftlichen Umstrukturierung wie auch speziell auf dem schulischen Sektor ...“

Diese Auffassung äußerte der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses im Saarlandtag, Friedrich Regitz (SPD), in einem Presseinterview.

Auf einer kulturpolitischen Veranstaltung der CDU des Amtsverbandes Heusweiler/Saar befaßten sich der CDU-Landtagsabgeordnete Walter Therre und der saarländische Kultusminister Werner Scherer (CDU) mit den „kulturellen Akzenten“, wie sie die Union im jüngsten Bundesland setzte und weiterhin verwirklichen möchte. „An der Kulturfront gibt es auch in den vor uns liegenden zwölf Monaten keinen Stillstand“, sagte der Minister. „Das Volksschulbauprogramm geht weiter zügig voran, und wir werden durch den systematischen Ausbau berufsbildender Schulen, durch die Errichtung neuer bzw. die Erweiterung bestehender Realschulen zusätzliche Bildungsmöglichkeiten schaffen. Ostern 1966 nimmt eine neue Realschule in Lebach ihre ersten Schüler auf.“

Noch im Entstehen begriffen sind gleiche Anstalten in Sulzbach, Merzig und St. Wendel. Für Illingen ist noch in diesem Frühjahr die Einrichtung eines neuen Realprogymnasiums vorgesehen, zu dem eine gleiche Anstalt in Geislautern tritt, die die Knaben und Mädchen aus dem Bezirk des Warndt aufnehmen soll. In der Verwirklichung befinden sich ferner das Mädchengymnasium in Sulzbach sowie die Aufbau gymnasien in Saarlouis und Jägersfreude. Das Abendgymnasium in Dillingen erfährt eine stufenmäßige Fortentwicklung. Darüber hinaus sind neue Realschulen bzw. Gymnasien für Heusweiler, Püttlingen und andere Orte noch in der Planung begriffen.“ Viele Schulstandorte rechnen mit einem zusätzlichen Raumbedarf, der nach

## Saar-Pfalz-Kanal gefordert

Die Junge Union des Saarlandes hat sich eingehend mit der krisenhaften Zuspitzung der Wettbewerbssituation im Bereich der saarländischen Wirtschaft befaßt und speziell mit der Ablehnung der Als-ob-Tarife durch die EWG-Kommission. In einer Entschließung, die sie Ministerpräsident Dr. Röder übergab, fordert die JU das Saar-Kabinett auf, bei der Bundesregierung als dem Bauherrn der Bundeswasserstraßen die sofortige Auftragsvergabe für das Vorprojekt eines Saar-Pfalz-Kanals zu erwirken, an dem sich das Saarland, Rheinland-Pfalz und der Saar-Pfalz-Kanalbauverein finanziell beteiligen sollen. Ferner erwartet die JU, daß Bonn und die Regierungen von Saarbrücken und Mainz ein Programm zur Überbrückung der Frachtkostensituation erarbeiten, die eintreten kann, wenn die potentiellen Wettbewerbsstarife häufig werden.

den Versicherungen des Ministers durchweg gedeckt werden kann.

Das saarländische Kultusministerium hat — wie Minister Scherer erläuterte — alle Fragen der Planung auf dem Gebiet der schulischen Ausbildung und der Lehrerbildung in der neuen Abteilung „Bildungspolitik“ zentralisiert, die sich vor allem mit den grundsätzlichen Problemen der äußeren und inneren Struktur dieses Komplexes befaßt. Einen besonderen Platz in diesem Zusammenhang nimmt der Schulentwicklungsplan ein, der das kommende Jahrzehnt umschließt und langfristige Projekte im Bereich der Bildungseinrichtungen beinhaltet. Die notwendige Zahl der Lehrer soll durch sorgfältig durchdachte Aktionen und Koordinierung geeigneter Maßnahmen in weitem Umfang erreicht werden. Dabei erfährt die Erschließung der Begabungsreserven durch Beratung und Werbung größte Aufmerksamkeit. Zu den Aufgaben der Abteilung „Bildungspolitik“ gehören noch die Erstellung einer Statistik

des Bildungswesens und bildungsökonomische Planungen.

Wie nun stellt sich heute die Lage im saarländischen Schul- und Bildungswesen dar? Nach der vorliegenden Statistik werden im gegenwärtigen Schuljahr 1965/66 in den saarländischen Volksschulen 134 370 Kinder von 3583 Lehrpersonen unterrichtet. Die durchschnittliche Klassenfrequenz beträgt in den katholischen Volksschulen 38,9 und in den evangelischen 32,7. Die Gymnasien des Landes, an denen zur Zeit 875 hauptamtliche Lehrkräfte wirken, besuchen 21 154 junge Menschen. Die Schülerzahl pro Klasse errechnet sich hier im Durchschnitt mit 30,8. Was die Realschulen anlangt, so beträgt ihre Gesamtbelegung 6576, während das Mittel der Klassenstärke bei 37,1 Jugendlichen liegt. 240 haupt- und 31 nebenamtliche Pädagogen übernahmen die Unterrichtung. In Sonderschulen werden 2891 lernbehinderte Kinder von 132 Erziehern betreut, in den übrigen Sonderschulen befassen sich 52 Spezialpädagogen mit 552 Jungen und Mädchen. Dem Lehrermangel ließ sich in den vergangenen Jahren schon spürbar abhelfen, und für die kommende Zeit eröffnen sich Perspektiven, die einen gewissen Optimismus rechtfertigen.

„Über die Rangordnung und die zeitliche Folge aller auf uns zukommenden Aufgaben“ — meinte abschließend Kultusminister Werner Scherer — „bestehen in meinem Haus ganz klare, konkrete Vorstellungen.“

## Nicht gewußt wo

Dr. Lenz: Bei der SPD reicht es nicht einmal zur Opposition

Die Regierungsparteien des nordrhein-westfälischen Landtags haben zum Haushaltsplan 1966 erhebliche detaillierte Streichungsvorschläge gemacht. Die SPD, wieder einmal bestrebt, die Koalition zu übertrumpfen, forderte weitere Kürzungen — aber sie konnte nicht sagen, wo eingespart werden sollte.

Wie bereits in „Union in Deutschland“ berichtet, hat die Regierungskoalition den vom Kabinett eingebrachten Haushalt in Höhe von rund 10,5 Milliarden DM um 182 Millionen DM gekürzt und damit erreicht, daß immerhin der Anstieg des Landesetats auf 8,08 Prozent (1965 9,97 Prozent) begrenzt blieb. Der SPD blieb es dabei vorbehalten, eine ganz besondere Rolle zu spielen. In der Sucht, die CDU/FDP zu überrunden, schlug sie noch weitere Kürzungen des Etats um rund 400 Millionen vor. Aber die SPD wußte nicht, wo diese Summe eingespart werden sollte. In der Etatdebatte wurde die SPD von dem Vorsitzenden CDU-Landtagsfraktion, Dr. Lenz, in die Enge getrieben. Er erklärte: „Machen Sie Ihre Geheimshublade auf.“ Darufhin mußte die SPD einen Offenbarungseid leisten. Ihr Spitzenkandidat Kühn konnte nur erwidern: „Wir haben keine“ und wich mit der Bemerkung aus, daß in den Verhandlungen die SPD ihre Vorschläge auf den Tisch legen werde.

„Dr. Lenz gab nach dieser Antwort der SPD-Opposition noch eine Chance und beantragte eine einstündige Verhandlungspause, um den Sozialdemokraten Zeit zum Überlegen zu geben. Aber auch danach wußte die SPD nichts zu sagen.“

Erst am nächsten Tag der Beratungen machte der SPD-Sprecher Holthoff be-

scheidene Andeutungen, wo man sparen könne.

Er schlug vor, die für die freien Bildungseinrichtungen vorgesehenen 8,5 Millionen DM herabzusetzen, um wieviel, das freilich wußte er nicht zu sagen.

Stattdessen forderte die SPD in einem Antrag, die Regierung solle einen völlig neuen Haushalt vorlegen, der lediglich um 6 Prozent höher liegen dürfe als der Vorjahrsetat. Der lapidare Kommentar von Dr. Lenz: „Ein Windei“. Denn wenn der Etat nach den sozialdemokratischen Vorstellungen gekürzt werden sollte, dann würde davon auch der Ansatz für die Beamtenbesoldung betroffen werden, ein Posten, dem die SPD aber zugestimmt hatte.

Nach langen Beratungen wurde der Etat schließlich so angenommen, wie er von der Regierung und den sie tragenden Parteien gestaltet wurde.

Zusammenfassend erklärte Dr. Lenz in einem Gespräch mit der „Kölnischen Rundschau“, daß die SPD zwar aus „wahltaktischen Gründen“ sich dem Trend zur Sparsamkeit angeschlossen habe, aber nicht bereit sei, dafür die politische Verantwortung zu übernehmen, wo im einzelnen Streichungen im Etat vorgenommen werden sollten. Die SPD habe damit bewiesen, daß sie nicht einmal zur Opposition fähig sei. „Wie soll sie dann regieren können?“

# Ein Erfolg der CDU

## Ministerpräsident Dr. Lemke würdigte das „Programm Nord“

Über eine Milliarde DM sind in zwölf Jahren in das „Programm Nord“ investiert worden, das wesentlichen Anteil am Aufschwung des nördlichsten Bundeslandes hat. Es handelt sich um das bedeutendste Regionalprogramm Schleswig-Holsteins.

Das Programm entspringt einer Initiative des damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Friedrich-Wilhelm Lübke, es wurde mit Hilfe der politischen Führungskräfte von Land und Bund, von Kai-Uwe von Hassel und dem jetzigen Ministerpräsidenten Dr. Lemke weitergeführt.

Wie Lemke jetzt auf einer kommunalpolitischen Regionaltagung der CDU in Husum mitteilte, sind im Rahmen des Programms bisher 239 Flurbereinigerungsverfahren mit einer Fläche von 279 000 Hektar eingeleitet worden. Davon sind bereits 160 mit 178 000 Hektar Fläche abgeschlossen worden. Die Aufwendungen hierfür belaufen sich allein auf 308 Millionen DM.

Weitere 220 Millionen DM wurden der Wasserwirtschaft gezahlt. Die Trinkwasserversorgung für über 100 000 Bewohner Schleswig-Holsteins wurde verbessert. 3300 Hektar schwache Böden wurden aufgefertet, 2500 Kilometer Windschutzhecken angelegt.

Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Fortsetzung der Entwicklungsmaßnahmen bezeichnete der Ministerpräsident, daß die CDU bei den Kommunalwahlen am 13. März eine starke Position erhält. Darin liegt die Gewähr für eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf allen politischen Ebenen von der Gemeindevertretung bis zum Bund.

Unpolitische Wählergemeinschaften sind nach der Auffassung des Minister-

präsidenten zu einer leistungsfördernden Zusammenarbeit nicht in der Lage. Selbst bei besten Absichten bleiben sie auf ihr örtliches Wirkungsfeld beschränkt, weil sie keine Verbindung zu den Gremien haben, die entscheidend an der Finanzierung derartiger Projekte beteiligt seien. Dr. Lemke appellierte an die Öffentlichkeit, alles zu tun, damit das „Programm Nord“ erfolgreich fortgesetzt werden kann.

## Wozu dann die Prüfung?

### Niedersächsische Staatskanzlei gerät in ein merkwürdiges Licht

Die von Staatssekretär Groß (SPD) geleitete niedersächsische Staatskanzlei ist in ein merkwürdiges Licht geraten, nachdem in der Öffentlichkeit der Verdacht laut geworden ist, daß Personalakten aus Niedersachsen in die Sowjetzone geschickt und dort zur Hetze gegen die Bundesrepublik verwendet worden seien.

Die Staatskanzlei hat diesen Verdacht zwar zurückgewiesen. Jedoch ist das Dementi in keiner Weise überzeugend. Außerdem stellt sich die Frage, wenn an dem angeblichen Skandal nichts Wahres ist, warum dann die fraglichen Punkte „noch eingehend geprüft“ werden, wie die Staatskanzlei mitgeteilt hat.

Seit 1962 tauscht die niedersächsische Archivverwaltung — angeblich mit Wissen des damaligen Leiters der Staatskanzlei, Dr. Mieke (SPD), und des Beirats für Sicherheitsfragen im von einem SPD-Politiker geleiteten Innenministerium — mit

dem sowjetzonalen Archiv in Merseburg Archiv-Filme aus. Dabei — so berichtete die „Braunschweiger Zeitung“ am 22./23. Januar seien Personalakten aus Niedersachsen mit in die Hände der Zone geraten, die zu Angriffen gegen die Bundesrepublik verwendet würden. In diesem Zusammenhang fiel das harte Wort „Dokumentenskandal“.

In einer mehr als lauen Erklärung versuchte die Staatskanzlei nun, den Archiv austausch in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Auch unter gesamtdeutschen Aspekten bestünden dagegen keine Bedenken, hieß es: „Das gilt auch, soweit im Zuge dieses Tauschverkehrs an das Archiv in Merseburg Fotokopien von Sachakten des Preußischen Staatsministeriums aus der Zeit von 1918 bis 1945 gelangt sind.“

Die Kritik entzündete sich beispielsweise an folgendem Satz aus der Erklärung: „Sofern aus den Sachakten Rückschlüsse auf persönliche Verhältnisse und Zuständigkeiten möglich sind — das ist weder bei Professoren noch bei Pfarrern der Fall — sind dadurch substantielle Schäden und Belastungen nicht verursacht worden.“ In der Öffentlichkeit wird erwartet, daß der massive Vorwurf tatsächlich, und nicht nur mit nichtssagenden Worten, entkräftet wird oder daß andernfalls Konsequenzen gezogen werden.

### Weitere Gespräche vereinbart

Der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Karl Möller (CDU) hat ein erstes Gespräch mit Vertretern der Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Industrie, des Groß- und Einzelhandels, des Handwerks und der Verbraucher über die Preissituation geführt. Übereinstimmend wurde bei dem Gespräch, dem weitere folgen sollen, die Notwendigkeit unterstrichen, nach neuen Wegen zu suchen, um die Preissituation besser beeinflussen zu können.

## Steffen nach Bonn zitiert

### SPD Schleswig-Holstein will sogar Vereinbarungen mit Ulbricht

Was niemand mehr nach den schweren Auseinandersetzungen über geplante Verhandlungen mit dem Ulbricht-Regime auf dem letzten Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein für möglich gehalten hatte, ist nun doch eingetreten. Das Redaktionskomitee, das eine entsprechende Entschließung entschärfen sollte, verschärfte sie noch.

Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten treten jetzt sogar für Vereinbarungen mit dem Ulbricht-Regime ein, und sie haben sich auch Neutralisierungsvorstellungen zu eigen gemacht, wie sie der kommunistische polnische Außenminister Rapacki seit Jahren vertritt. Die „Baracke“ hat daraufhin den Landesvorsitzenden Steffen, der als Initiator dieser radikalen Ideen gilt, zum Rapport nach Bonn bestellt. Seine Vorstellungen liegen eindeutig der Parteilinie zuwider.

Wie „Union in Deutschland“ in seiner Ausgabe 2/66 berichtet hatte, war es wegen der Entschließung auf dem Landesparteitag zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Die SPD-Bundestagsabgeordneten Renger und Rehs waren von den Delegierten ausgezischt worden, als sie sich gegen die radikalen Thesen ge-

wandt hatten. Rehs hatte man den Rat gegeben, doch aus der Partei auszutreten.

Die „Kieler Nachrichten“ schrieben am 24. Januar u. a. über die Fortsetzung des Parteitag, auf dem die umstrittene Resolution verabschiedet wurde: „Niemand wird bestreiten wollen, daß Vereinbarungen eine in ihren Konsequenzen viel weitergehende Formulierung ist, als wenn von Verhandlungen gesprochen wird. Doch niemand machte das dem Vorstand klar. Landesvorsitzender Steffen konnte es sich sogar leisten, untertreibend von ‚stilistischen Änderungen‘ zu sprechen“.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Olaf von Wrangel hat die Entschließung als einen Versuch bezeichnet, die Politik der Nichtanerkennung der Zone zu durchbrechen. Sie widerspreche den allgemeinen Grundsätzen, wie sie wiederholt vom Bundestag manifestiert worden seien.

# Gezielte Prämien

## Sparförderung nur für einkommensschwache Kreise

**Auf der Landestagung der Sozialausschüsse der CDU Westfalen/Lippe in Bochum hat sich Arbeits- und Sozialminister Hanz Katzer gegen eine Kürzung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung gewandt.**

Katzer erklärte, daß die Zuschüsse in Höhe von acht Milliarden DM nicht als staatliche Subventionen aufgefaßt werden dürften. Statt einer Kürzung müsse die Rentenversicherung weiter ausgebaut werden. Noch immer werde die gesetzliche Altersversicherung von den meisten als zu niedrig angesehen. Die immer größer werdende Zahl betrieblicher Zusatz-Altersversicherungen lasse darauf schließen, daß auch viele Arbeitgeber diese Ansicht teilten.

Im weiteren Verlauf seiner Rede verlangte Katzer höhere staatliche Sparprämien für Personen mit geringem Einkommen. Dagegen trat er dafür ein, die Sparförderung für Bezieher höherer Einkommen zu streichen. Es sei nicht einzusehen, sagte Katzer, wieso jemand, der ein so hohes Einkommen habe, daß er beispielsweise 3000,— DM im Jahr sparen könne, vom Staat 400 und 600 DM dazu geschenkt bekommen solle. Bei einer Harmonisierung der jetzigen Formen der Sparförderung sollte daher der Kreis der Berechtigten eingeschränkt werden. Zugleich aber müßten die staatlichen Prä-

mien für einkommensschwache Kreise erhöht werden.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Minister a. D. Theodor Blank, forderte in seiner Rede, daß die Sozialpolitik ein zentrales Anliegen bleiben müsse „auch wenn es der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände“ nicht gefällt. Blank verwahrte sich dagegen, die Höhe der Rentenversicherung für inflationäre Entwicklungen in der Bundesrepublik verantwortlich zu machen. Mit der lohnbezogenen Rente hinke die Bundesrepublik ohnehin immer

noch vier Jahre hinter der allgemeinen Entwicklung nach.

Aus dem Geschäftsbericht der westfälischen Sozialausschüsse ging hervor, daß in den vergangenen zwei Jahren der westfälische CDU-Landesverband um über 50 670 Mitglieder auf 57 318 angestiegen ist. Von diesem Zuwachs stellen die Arbeitnehmer fast 70 Prozent. Damit sind nach dem heutigen Stand 51 Prozent aller westfälischen Mitglieder der CDU Angehörige der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

Der Vorsitzende der westfälischen Sozialausschüsse, Rudi Nickels, wurde mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Nickels ist Hauptvorstandsmitglied der IG Bergbau und Energie, Vorsitzender der Ruhrknappschaft und der Arbeitsgemeinschaften der Knappschaften der Bundesrepublik. Unter seiner Führung haben die westfälischen Arbeitnehmer eine steile Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen.

# Erfolgreiche Bürgerschaft

## 186 Millionen DM für die gewerbliche Wirtschaft aufgebracht

**Als äußerst erfolgreich haben sich die Maßnahmen der saarländischen Landesregierung erwiesen, für bestimmte Zweige der Wirtschaft Bürgschaften zu übernehmen. Wie soeben bekannt wird, sind die Mittel so vorteilhaft eingesetzt worden, daß sich die Ausfälle auch im Jahre 1965 bei nur 0,1 % der insgesamt übernommenen Landesbürgschaften für Wirtschafts- und Wohnungsbaudarlehen bewegen.**

Die Ermächtigungen nach dem Haushaltsgesetz 1965, die bis zur Verkündung des Etats 1966 weiter gelten, sehen vor, daß die Landesregierung Bürgschaften für Darlehen an die saarländische Wirtschaft bis zu einem Gesamtbetrag von 30 Millionen DM leisten darf. Bis heute sind insgesamt 7 157 100 DM abgerufen bzw. zugesagt. Über die saarländische Investitionskreditbank werden diese finanziellen Maßnahmen abgewickelt.

Für Wohnungsbaudarlehen können bis zum Gesamtbetrag von 50 Millionen DM

Bürgschaften geleistet werden. Von dieser Summe sind bisher rund 23 Millionen DM bereits übernommen worden, 18,5 Millionen DM sind zugesagt.

Seit es bei der Rückgliederung des Saargebietes an die Bundesrepublik darum ging, der saarländischen Wirtschaft ausreichende Startbedingungen zu geben, haben auch die Bürgschaftsleistungen des Landes zunehmend an Bedeutung gewonnen. Bis heute beträgt die Summe der für die gewerbliche Wirtschaft gegebenen Bürgschaften 186 Millionen DM. Davon entfallen allein auf Industrieneuansiedlung und auf sonstige gewerbliche Betriebe, die der Umstrukturierung der saarländischen Wirtschaft dienen, Bürgschaften in einer Höhe von insgesamt 25 Millionen DM.

Vor allem erwähnenswert ist die Hilfe des Saarlandes für die einheimische Binnenschiffahrt, für die in der ersten Nachkriegszeit recht wenig getan werden konnte. Die durch die saarländische Landesregierung übernommenen Einzelbürgschaften betragen insgesamt 2 515 000 DM. Damit konnten die Schiffer des Saarlandes ihre Boote motorisieren und modernisieren. Die saarländischen Binnenschiffer haben nun den Anschluß an den westeuropäischen Binnenschiffmarkt erreicht.

Bürgschaftsleistungen des Landes zur Durchführung des sozialen Wohnungsbaues machen ebenfalls einen großen Teil der zur Verfügung gestellten Mittel aus. Von 1960 bis 1965 sind in diesen Zweig der öffentlichen Hilfe insgesamt 110 127 000 DM geflossen. Zugesagte, aber noch nicht abgerufene Bürgschaften kommen hinzu, so daß sich die Bürgschaftsverpflichtungen des Landes insgesamt auf 222 636 573 DM belaufen.

## 1,7 Mrd. für Wohnungsbau

Wie Landesbauminister Franken mitteilt, sind 1965 in Nordrhein Westfalen 88 400 Wohnungen und rund 10 000 Plätze in Wohnheimen mit öffentlichen Mitteln gefördert worden. Insgesamt wurden dafür 1,7 Milliarden DM bewilligt. 12 900 Wohnungen waren für Familien mit drei und mehr Kindern, 2100 als Altenwohnungen bestimmt.

# Kritik an Frankreich

## Bericht über die Januar-Sitzung des Europäischen Parlaments

**Unmittelbar nach der außerordentlichen EWG-Ministerratskonferenz in Luxemburg befaßte sich das Europäische Parlament mit der Krise der Gemeinschaft im Lichte der jüngsten Entwicklungen.**

In einer vielbeachteten und freimütig geführten Aussprache, an der sich auch drei Außenminister und einige Staatssekretäre aus den Mitgliedsländern sowie die Vertreter der europäischen Exekutivorgane beteiligten, legten die Sprecher der Christlich Demokratischen Fraktion als Mehrheitsfraktion im Europäischen Parlament ihre Auffassungen wie folgt dar:

● Die Verantwortung für die derzeitige Krise liegt bei der französischen Regierung, während sich die fünf Partnerstaaten Frankreichs eindeutig auf dem Boden des Rechts bewegen und auch weiterhin in Geschlossenheit ihren Standpunkt vertreten müssen.

● Die Bestimmungen des EWG-Vertrages gelten weiter und müssen von allen Beteiligten nach Buchstaben und Geist respektiert werden; dies gilt auch

bezüglich der vertraglich gegebenen Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat.

● Die EWG-Kommission mit Professor Hallstein an der Spitze genießt nach wie vor das uneingeschränkte Vertrauen des Parlaments; auch künftig muß die vertraglich festgelegte Unabhängigkeit der Kommission als Motor der Gemeinschaft gewährleistet bleiben; eine Entpolitisierung dieses Organs wird entschieden abgelehnt.

● Eine gleichgewichtige Fortsetzung der bisherigen Gemeinschaftspolitik ist im Interesse aller Mitgliedstaaten, aber auch der Drittländer, unumgänglich notwendig; daher müssen die Anstrengungen aller Beteiligten energisch darauf gerichtet sein, die Krise möglichst schnell zu überwinden.

# VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

## Übereinstimmung erzielt

Bei einem Gespräch zwischen dem Präsidium des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge und Bundesvertriebenenminister Dr. Gradl sowie Staatssekretär Dr. Nahm wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß dem inzwischen in Kraft getretenen Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz bald ein Leistungsgesetz für die in der Zone erlittenen Schäden und Verluste folgen müsse. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer auch darüber, daß die Verbesserung des Flüchtlingshilfegesetzes in Angriff genommen werden muß, nachdem ein Währungsausgleichsgesetz vorgelegt worden ist. Damit für April zu rechnen.

## Stingl: Keine Pläne diskutieren

Der CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße hat alle verantwortlichen Politiker aufgefordert, mit der öffentlichen Erörterung immer neuer Pläne über die künftige Ordnung im Osten aufzuhören. „Durch das viele Reden wird die Sache selbst abgewertet, und die Heimatvertriebenen geraten in die Gefahr, als Schwärmer und Phantasten abgetan zu werden“, erklärte der Vorsitzende, der Berliner Bundestagsabgeordnete Josef Stingl. Er wies damit Vorschläge des BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch zurück, die jener vor Berliner Studenten gemacht hatte.

## Peru ehrte Seebohm

In einer Sondersitzung zu Ehren von Bundesverkehrsminister Dr.-Ing. Hans-Christoph Seebohm und einer Delegation von Bundestagsabgeordneten hat das peruanische Parlament die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts gefordert und der Bundesrepublik gleichzeitig für ihre Wirtschaftshilfe gedankt.

## 376 politische Urteile

Nach Mitteilung des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen wurden im vergangenen Jahr 376 politische Urteile in der Sowjetzone registriert. Vermutlich liegt die Zahl erheblich höher, denn viele Urteile werden erst lange Zeit nach dem Prozeß bekannt. So wurden 1964 zunächst 415 politische Strafurteile erfaßt. Tatsächlich waren aber 788 Bewohner Mitteldeutschlands wegen ihrer Haltung gegen die SED verurteilt worden.

## „Das Recht wird siegen“

Unter diesem Leitwort steht der 17. Sudetendeutsche Tag, der vom 17. bis 19. Juni in München stattfindet. Von der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft wurde dazu erklärt, eine dauerhafte Friedensordnung könne es nur dann geben, wenn sie auf der Grundlage des Rechts aller Völker und Volksgruppen aufgebaut werde.

# Als Mörder anklagen

## Ausschuß für Strafrechtsreform befaßt sich mit Anzeige gegen Ulbricht

Obwohl sich auch Generalbundesanwalt Dr. Martin wegen der Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Zeit außerstande sieht, gegen den Zonenmachthaber Ulbricht ein Verfahren wegen Mordes einzuleiten, wird die Anzeige weiterverfolgt, die der CDU-Bundestagsabgeordnete Edelhard Rock (Wolfenbüttel) gegen Ulbricht erstattet hat.

Rock hat sich jetzt an den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für die Strafrechtsreform, den früheren Generalbundesanwalt Dr. Güde, mit der Bitte gewandt, bei der vorgesehenen Strafrechtsreform die entsprechenden Bestimmungen so zu ändern, daß — beispielsweise wie in Frankreich — auch in Abwesenheit eines Angeklagten ein Verfahren wegen Mordes durchgeführt werden kann.

Rock hatte im Sommer eine erste Mordanzeige gegen Ulbricht erstattet, nachdem sowjetzonale „Grenzwächter“ einen Wassersportler im Berliner Teltow-Kanal erschossen hatten; der SED-Machthaber ist nach Auffassung Rocks für den Mord verantwortlich, weil er den sogenannten Schießbefehl gegeben hat. Die Generalstaatsanwaltschaft Berlin stellte das Verfahren jedoch aus prozeßrechtlichen Gründen ein.

Eine zweite Mordanzeige gegen Ulbricht erstattete Rock, nachdem Ulbrichts „Grenzwächter“ Heinz Schöneberger bei einem Fluchtversuch von Ost nach Westberlin erschossen hatten. Die Bundesanwaltschaft ist jedoch für den Fall nicht zuständig, weil Mord und Totschlag nicht in ihren Bereich fällt. Deshalb wurde die Anzeige erneut an die Generalstaatsanwaltschaft Westberlin geleitet. Der Generalbundesanwalt hat dem CDU-Abgeordneten jedoch versichert, daß er über Rocks Vorschläge zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes den Bundesjustizminister unterrichten wird.

Nach Presseberichten ist inzwischen der Name des Mörders von Heinz Schöneberger bekanntgeworden. Es soll sich um den 28jährigen Gefreiten Werner Rieck handeln, der sich des Verbrechens selbst gerühmt und eine hohe Geldprämie dafür erhalten haben soll.

# Weiter arbeiten

## Erzbischof Bafile bei der Ackermann-Gemeinde

Den dringenden Appell, in ihrer Arbeit um Volk und Kirche nicht zu ermüden, richtete der Limburger Weihbischof Dr. Kampe an die sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde, die mit einer Feierstunde in Frankfurt/Main ihr zwanzigjähriges Bestehen feierte.

Der Bischof bezeichnete es als äußerst glücklich, daß die deutschen und polnischen Bischöfe den Dialog miteinander begonnen haben: „Mauern und Stacheldrahtzäune sind auf die Dauer nicht zu halten“.

An der Feierstunde nahmen führende Persönlichkeiten aus dem kirchlichen, politischen und kulturellen Leben teil, unter ihnen der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Konrad Bafile, der Abt des Prämonstratenserstiftes Tepl im Egerland, Prälat Petrus Möhler, und der CDU-Bundestagsabgeordnete Clemens Riedel.

Der Publizist Dr. Johannes Tschek bezeichnete in seinem Festvortrag über die Dichtung „Der Ackermann aus Böhmen“ — der Titel dieses Werkes wurde zum Namen dieser katholischen Gesinnungsgemeinschaft der aus dem Sudetenland Vertriebenen — als einen „Zurückruf in das uns Menschen gegebene Maß von Freiheit“.

Der Landesvorsitzende der Ackermann-Gemeinde und CDU-Landtagsabgeordnete Richard Hackenberg bat Erzbischof Bafile, dem Papst die Versicherung zu überbringen, daß die Ackermann-Gemeinde im Sinne des Konzils auch weiterhin nicht nur unter den Heimatvertriebenen, sondern unter allen Deutschen wirken werde.

Die Verdienste Hackenbergs wurden vom neuen Stadtpfarrer von Frankfurt,

Monsignore Adlhoch, gewürdigt. Hackenberg, der seit 20 Jahren an der Spitze der Ackermann-Gemeinde in Hessen steht, sei ein Vorbild an Aktivität und Selbstaufopferung.

## Wertvolle Dokumentation

Die sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde hat eine Dokumentation über den Briefwechsel zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat veröffentlicht. Sie enthält neben den Briefen eine Übersicht über das Presse-Echo, das der Briefwechsel in der freien Welt und im kommunistischen Ostblock ausgelöst hat. Außerdem sind in der Dokumentation eine Predigt des polnischen Kardinals Wyszyński sowie Auszüge einer Predigt enthalten, in der sich Kardinal Döpfner anlässlich des St.-Hedwigs-Festes 1960 in Berlin zum deutsch-polnischen Verhältnis geäußert hat.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pottenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31. — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postcheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

# NPD schießt quer

Karlsruhe muß entscheiden

Am 11. Januar hat Bundesminister Paul Lücke entschieden, auf Grund der haushaltsrechtlichen Ermächtigung die übliche Zahlung der staatlichen Zuschüsse an die im Bundestag vertretenen Parteien in Höhe von 38 Millionen DM für das Jahr 1966 bis auf weiteres fortzusetzen.

Noch am gleichen Tag haben alle im Bundestag vertretenen Parteien einen entsprechenden Antrag gestellt. Die Januar-Rate in Höhe von etwas über drei Millionen DM wurde wenige Tage später ausgezahlt.

Paul Lücke hat diese Entscheidung getroffen, obwohl beim Karlsruher Bundesverfassungsgericht u. a. Anträge der rechtsgerichteten „Nationaldemokratischen Partei (NPD)“ vorliegen, nach denen die staatliche Parteienfinanzierung verfassungswidrig sei und deshalb verboten werden müsse.

Wegen seiner Entscheidung wurde der Bundesminister des Innern z. T. heftig kritisiert. Obwohl damit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Angelegenheit weder finanziell noch rechtlich vorgegriffen wird, sprach man von einer „Mißachtung des höchsten deutschen Gerichts“, für die es keine Entschuldigung gebe.

Der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Dr. Erwin Lunke, ist darauf die Antwort nicht schuldig geblieben. Er stellte fest, ein solcher Vorwurf könne nur dann zu Recht erhoben werden, wenn der Minister die Auszahlung der staatlichen Zuschüsse an die vier demokratischen Parteien angeordnet haben würde, obwohl das Bundesverfassungsgericht dem NPD-Antrag bereits stattgegeben hätte. Das aber ist bisher nicht der Fall

und wird auch nicht der Fall sein, wenn das Gericht an seiner bisherigen Auffassung festhält, daß eine einstweilige Aussetzung der staatlichen Parteienfinanzierung das Gemeinwohl mehr beeinträchtigen würde, als die vorübergehende Nichtberücksichtigung einer im Deutschen Bundestag nicht vertretenen Splitterpartei.

Das Grundgesetz legt die Gewaltenteilung fest. In diesem Falle heißt das: die Bundesregierung kann und will das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidungsfreiheit nicht beeinträchtigen; das höchste deutsche Gericht trägt für seine Entscheidungen die alleinige Verantwortung — also auch dafür, wenn

durch den Auszahlungsstopp oder gar durch ein Verbot der staatlichen Zuschüsse vier demokratische Parteien entscheidend in ihrer Substanz getroffen werden können. Auf der anderen Seite trägt der Bundesminister des Innern die Verantwortung dafür, daß die im Bundestag vertretenen Parteien auch finanziell in die Lage versetzt werden, ihre im Grundgesetz verankerten Aufgaben erfüllen zu können. Er ist dazu nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet. Paul Lücke hat sich dieser (unpopulären) Verpflichtung zu keinem Zeitpunkt entzogen. Daß seine leitenden Beamten — wie auch behauptet wurde — anderer Meinung gewesen wären, ist ein Märchen.

## Sanierung der Bahn

Eine Expertengruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein Verkehrspolitisches Programm ausgearbeitet, das der Fraktion Ende Januar vorgelegt worden ist. Dabei geht es in erster Linie um die Sanierung der Bundesbahn.

## Das Wissen vertiefen

Kommunalpolitische Vereinigung erweitert Lehrgänge

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen hat sich die Fortbildung der Mandatsträger in den 95 Stadt- und Landkreisen zur Aufgabe gemacht. Bildungsprogramme, die noch erweitert werden sollen, stehen dafür zur Verfügung.

An der Spitze der Bildungsveranstaltungen stehen kommunalpolitische Wochenlehrgänge, die als Grundseminare aufgezogen sind. Schon jetzt kann die KPV eine so große Zahl von Anmeldungen verzeichnen, daß es nicht leicht sein

wird, alle Interessierten zu berücksichtigen.

Das in diesen Wochenlehrgängen gewonnene Wissen wird durch Sonderlehrgänge vertieft. Eine besondere Bedeutung kommt auch den Informationsgesprächen zu, die in zwangloser Reihenfolge beispielsweise für Fraktionsvorsitzende, Oberbürgermeister und Bürgermeister Landräte veranstaltet werden.

Die Breite der kommunalpolitischen Bildungsarbeit wird ergänzt durch Dozententagungen, Lehrgänge für Sprecherziehung und durch Fachtagungen, für die elf Fachausschüsse der Kommunalpolitischen Vereinigung verantwortlich zeichnen. Bei der Kommunalpolitischen Vereinigung in Recklinghausen, Limperstraße 40, sind Programme erhältlich.

## Operation in Frankfurt

SPD-Bürgermeister fällt der Parteipolitik zum Opfer

Die SPD in Frankfurt a. M. steht wieder einmal vor der Notwendigkeit, eine für sie schmerzhaft personalpolitische Operation vornehmen zu müssen: Sie sucht nach einer Möglichkeit, sich mit Eleganz von ihrem alten Parteikämpfer Bürgermeister Menzer trennen zu können.

Die Leser dieses Informationsdienstes werden sich erinnern: Als im vergangenen Jahr die SPD vor der Frage stand, wie sie die Vakanz im Amt des Oberbürgermeisters beheben solle, verfiel sie auf den zunächst glorreich erscheinenden Ausweg, eine Dreierlösung vorzuschlagen. Dieser „Troika“ gehörte auch Bürgermeister Menzer an, er sollte den Stuhl des Oberbürgermeisters erklimmen — wie hier und da geflüstert wurde, aber nur als Interimskandidat, bis man den Boden für ein maßgebendes Mitglied der Sozialdemokraten genügend vorbereitet glaubte.

Jetzt, nur wenige Monate später, scheint alles darauf zu deuten, daß Menzer weder als qualifiziert für das Amt des Oberbürgermeisters angesehen wurde (schließlich nahm Prof. Brundert den Platz ein) noch von seiner eigenen Partei zum Bürgermeister wiedergewählt werden wird. Menzer, dessen Amtszeit am 24. März dieses Jahres abläuft, steht im Alter von 63 Jahren zur Wiederwahl an. Der SPD-Unterbezirk, eine solche

Parteilgliederung hat bei den Sozialdemokraten meist großes Gewicht, entschied sich bereits gegen den alten Bürgermeister. Da gleichzeitig der von der CDU gestellte Stadtkämmerer aus Altersgründen ausscheidet, stellte sich für die mit Mehrheit regierende SPD die Frage, ob sie sich um das Amt des Kämmerers oder um das des Bürgermeisters mühen sollte. Die Entscheidung fiel für die Position des Kämmerers und damit gegen Menzer.

Gleichzeitig kann man in der Abkehr von Menzer einen Sieg der jungen Kräfte in der Frankfurter SPD sehen, die zwar an den Verdiensten des Bürgermeisters ihrer Couleur nicht rütteln, die Zeit für einen so der Parteidoktrin verschworenen Mann aber als abgelaufen ansehen.

Das letzte Wort ist zwar noch nicht gesprochen, aber es ist kaum noch daran zu zweifeln, daß Menzer die Schwenkung seiner Partei mit dem Verlust des Amtes quittieren muß. Ob er das kampfflos über sich ergehen lassen wird, ist allerdings zweifelhaft. Schließlich gibt es auch in den Reihen der Frankfurter SPD Kräfte, die an ihm festhalten wollen.

## Freiwillige Leistungen

Außer den auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhenden Sozialleistungen in Höhe von insgesamt 18,1 Mrd. DM wendet der Bund im neuen Haushaltsjahr 1966 noch rd. 60 Mill. DM für freiwillige Sozialleistungen auf (1965: 52 Mill. DM). Dazu gehören u. a. Beihilfen zur beruflichen Förderung (42,5 Mill. DM) sowie Hilfsmaßnahmen für entlassene Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie.

Die Zuschüsse des Bundes zu den gesetzlichen Rentenversicherungen betragen im Haushaltsjahr 1966 insgesamt 8,7 Mrd. DM. Der Löwenanteil entfällt auf die Rentenversicherung der Arbeiter mit 5,33 Mrd. DM. An die Angestelltenversicherung werden 1,2 Mrd. und an die knappschaftliche Rentenversicherung 2,2 Mrd. DM geleistet. Gegenüber dem Jahr 1965 erhöhen sich die allgemeinen Zuschüsse an die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten um 471 Millionen DM.